

# Christlicher Textilarbeiter

## Centralorgan für Deutschland.

Gott und unser Recht!

Verantwortl. Redakteur: E. M. Schiffer in Düsseldorf,  
Corneliusstraße 68. Telefon-Nr. 4423.  
Besuche und sonstige Beiträge sind bis Montags abends an die  
Redaktion in Düsseldorf einzuliefern.

Anzeigen kosten die Gespaltene Zeile 20 Hg. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt.  
Beilagen werden mit 5 Hg. das Quartier berechnet.  
Postzeitungsliste Nr. 1649.

Der „Christliche Textilarbeiter“ erscheint jeden Samstag und  
kostet vierteljährlich 75 Hg.; durch die Post bezogen 90 Hg.  
Expedition, Druck und Verlag von Joh. van Nieuwen  
Kreuzfeld, Rath. Kirchstraße 65. Telefon-Nr. 1358.

7. Jahrgang.

Krefeld, Samstag, 11. März 1905.

Nr. 10.

### Einladung

zur IV. ordentlichen

### Verbands-Ausschuss-Sitzung

am Samstag, den 25. und Sonntag, den 26. März er.  
(event. auch Montag, den 27. März) im Paulushause zu  
Düsseldorf. Die verehrl. Verbandsausschussmitglieder wollen  
sich auch für Montag, den 27. März, frei machen.

Tagesordnung:

- 1) Geschäfts- und Kassenbericht;
- 2) Beratung und Beschlussfassung über das neue Verbandsstatut;
- 3) Vornahme der erforderlichen Wahlen;
- 4) Anträge des Zentralvorstandes betr. das Verbandsorgan;
- 5) Entscheidung der sonstigen Anträge, welche bis zum 19. März dem Unterzeichneten eingereicht sein müssen.

Der Zentralvorstand.

E. M. Schiffer, Vorsitzender.

### Zur Beitragserhöhung

erhalten wir aus Mitgliederkreisen eine Zuschrift, deren wesentlicher Inhalt folgender ist:

Die Gründe, welche für eine Beitragserhöhung sprechen, sind in Nr. 7 unseres Organs in klarer Weise dargelegt worden. Man könnte die Zahl derselben indessen noch vermehren, aber jedes fortschrittlich denkende Mitglied wird von der Notwendigkeit einer größeren Leistungsfähigkeit unseres Verbandes ohnehin überzeugt sein. „Jedes fortschrittlich denkende Mitglied!“ Jawohl! Aber sind unsere jungen christlichen Gewerkschafter bereits soweit, daß sie in ihrer Mehrheit den erforderlichen weiten Blick für die beanspruchte größere Opferwilligkeit haben? Wir wollen es hoffen, allein es scheint mir, daß der Zentralvorstand mit der Urabstimmung sich auf ein ziemlich gefährliches Experiment eingelassen hat.

Unteruchen wir zunächst einmal kurz die Zweckmäßigkeit einer Urabstimmung im vorliegenden Falle! Zweifellos hat der Zentralvorstand, als er den betreffenden Beschluss fasste, an eine große Mehrheit für die Beitragserhöhung geglaubt. Heute, wo das Resultat noch aussteht, läßt sich ja mit Bestimmtheit nichts sagen, aber „besorgte Gemüter“ munkeln recht heftig von der Wahrscheinlichkeit einer Minderheit für den Antrag. Wird die Beitragserhöhung von der Majorität der Mitglieder nicht gutgeheißen, dann steht das Resultat nicht gerade eine Ehre für unsern Verband und seine Mitglieder dar. Aber was dann? Doch darüber später!

Die Führer in der Arbeiterbewegung, die „Kleinen“ und auch die „Großen“, haben m. E. die Pflicht, die Organisation mit allen Kräften zu fördern, sie sollen diejenigen Mittel unbedingt anwenden, welche hierzu dienlich sind. Unsere Führer haben kein Recht, auf die rückständigen Mitglieder zu hören, die besonders von Opferwilligkeit nichts wissen wollen. Wenn man auf die Ansicht dieser Leute viel gibt, dann gehen wir den Kreisgang. Wenn nun aber das Vertrauen des Zentralvorstandes in den guten gewerkschaftlichen Geist der Verbandsmitglieder sich nicht rechtfertigt! Die Folgen mag der opferwillige Gewerkschafter gar nicht ausdenken. Wenn der Zentralvorstand, unsere höchste Leitung, einen so wichtigen Antrag stellt, dann sollte er vorher sich erst einigermaßen Gewißheit über den Ausgang der Sache verschaffen, schon aus dem Grunde, damit das Ansehen der Verbandleitung keinen Stoß erleidet. Im vorliegenden Falle scheinen aber bange Sorgen nicht grundlos zu sein.

Habe ich doch erst kürzlich sogar einen Ortsgruppenführer kennen gelernt, welcher zwar behauptete, für seine Person für die Beitragserhöhung zu sein, der aber eine solche Zahl von Gründen und — Scheingründen dagegen vorbrachte (die er sich offenbar „mit der Laterne“ zusammen gesucht hatte), daß mir das Resultat in dieser Gruppe gar nicht zweifelhaft ist. Wenn sogar unsere Ortsgruppenvorstandsmitglieder — einzelne natürlich — sich in offener oder verheerter Weise gegen die Beitragserhöhung erklären, dann braucht man sich über den rückständigen Geist der Mitglieder in solchen Gruppen nicht zu wundern. Ich meine, unsere Vorstandsmitglieder alleamt können den Kolleginnen und Kollegen gar nicht genug Opferwilligkeit predigen. Und dasjenige Vorstandsmitglied, welches in kritischer Stunde diese Predigt unterläßt, macht sich einer groben Pflichtverletzung schuldig. Über man sieht aus diesem Vorkommnis, welches vielleicht gar nicht einmal vereinzelt dasteht, daß es auch im christlichen Textilarbeiterverbande noch bezüglich des rechten gewerkschaftlichen Geistes hapert.

Deshalb kann man bis auf weiteres noch der Meinung sein, daß unsere Mitglieder für eine Urabstimmung über eine so wichtige Frage noch nicht reif sind. Ich wünsche dringend, daß das Resultat mir ganz unrecht geben möge. Vorläufig glaube ich aber, es sei besser und zweckmäßiger gewesen, keine Urabstimmung vorzunehmen, sondern die Bezirksgeneralversammlungen die definitive Be-

schlußfassung zu belassen. Dann wären wir heute jedenfalls bereits aus der Sorge heraus, da, soweit mir bekannt ist, fast sämtliche Bezirksgeneralversammlungen sich in ihrer Mehrheit für die Beitragserhöhung ausgesprochen haben. Unsere führenden Kollegen haben eben im allgemeinen doch für die modernen Bedürfnisse des Verbandes einen weiteren Blick und ein größeres Verständnis.

Dann aber ist wohl auch die Frage am Plage: Hatte der Zentralvorstand überhaupt ein Recht, die Urabstimmung auszusprechen? In unserem Statut steht davon nichts! Bis zum Inkrafttreten des neuen Statuts sind aber jedenfalls die bisherigen statutarischen Bestimmungen noch maßgebend. Nun kann man sich ja auf den Standpunkt stellen: Was nicht verboten ist, das ist erlaubt! Es liegt mir auch ganz fern, dem Zentralvorstand den Vorwurf zu machen, er habe seine Kompetenz überschritten. Allein, wogegen ich mich ganz entschieden wende, ist die Urabstimmung, als ob das Resultat der Urabstimmung unter allen Umständen maßgebend sein soll. Das kann doch nicht zutreffend sein. Wenn sich bei der Urabstimmung eine Majorität für die Beitragserhöhung erklärt, dann ist die „juristische“ Seite der Sachlage ja einfach. Aber wenn die Urabstimmung „schief“ geht, dann geht die Stellungnahme der Bezirksgeneralversammlungen m. E. vor. Die Bezirksgeneralversammlungen aber sind (unzweifelhaft) in ihrer Mehrheit für die Beitragserhöhung gewesen, daher muß sie durchgeführt werden. Bei einer früheren Gelegenheit sind auch die Bezirksgeneralversammlungen die entscheidenden Instanzen gewesen. Dieses Recht bleibt ihnen so lange, als sie nicht freiwillig darauf verzichten. Bezüglich der Umänderung des Statuts ist diese Verzichtleistung zu Gunsten des Verbandsausschusses geschehen, aber über die geplante Beitragserhöhung haben die Bezirksgeneralversammlungen überhaupt nicht abgelehnt. Diese Entscheidung kann nur die allein ausschlaggebende sein.

Die Urabstimmung und das Resultat derselben entbehren gewiß nicht des Reizes; das Ergebnis wird auf jeden Fall interessant sein. Allein soweit meine juristischen Kenntnisse reichen, darf es nicht über die Stellungnahme der Bezirksgeneralversammlungen gestellt werden. Das wäre gegen den Wortlaut und Sinn unseres bisherigen Statuts. Zum Schluß: Glück auf zur Beitragserhöhung!

Soweit die Zuschrift. Wir haben derselben gern Raum gegeben, weil der Inhalt angeblich die Meinung vieler wiedergibt. Die Kritik seines Verhaltens kann der Zentralvorstand schon vertragen, und der Einzelne hat ja auch zweifellos nicht ganz Unrecht! Es wird eventuell Aufgabe unseres Verbandsausschusses sein, die „juristische Seite“ der Sachlage zu würdigen. Vorläufig vertrauen wir noch der Opferwilligkeit unserer Mitglieder, daß sie in ihrer Mehrheit dem Antrag des Zentralvorstandes zugestimmt haben. Auf jeden Fall aber auch in der Zukunft: Opferfreudige Disziplin!

### Gewerkschaftliche Disziplin.

Ein Kollege schreibt uns:

Eine gewisse Enttäuschung bereitet den Scharfmachern einerseits, sowie den radikaleren Elementen der sozialdemokratischen Partei andererseits der ruhige Verlauf des Bergarbeiterstreiks. Das Leitmotiv bei diesem Streik hieß: Nur das rein gewerkschaftliche Prinzip kommt in Frage, ein Kampf um berechnete Arbeiterforderungen, — aber kein politischer Klassenkampf. Dieses Aufrechterhalten des streng gewerkschaftlichen Standpunktes erklärt zum großen Teil, weshalb ein einmütiges Zusammengehen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, sowie die imponierende Ruhe und Ordnung während des Streiks möglich waren, zum — Mangel der oben angeführten Elemente, welche dadurch nicht auf — ihre Rechnung gekommen sind. Zieht man in Betracht, daß von 260000 Arbeitern nur etwa 110000 organisiert waren, so ist die Besonnenheit und Kluge Taktik der Führer doppelt hoch anzuerkennen. 150000 Unorganisierte, schlecht oder gar nicht geschulte Leute mit in den geordneten Reihen der Organisationen marschieren zu lassen, war ein ungeheurer verantwortungsvolles Unternehmen, — ein gewagtes Spiel. Daß, abgesehen von einigen unliebsamen Sonderbestrebungen, die nützlichste Ordnung herrschte, und die Kommandos der Führer fast allgemein befolgt wurden (mit Ausnahme einiger radikal-sozialistischer Quertreiber), dürfte in der Geschichte der Arbeiterbewegung so ziemlich beispiellos dastehen. Hier zeigte sich zur Evidenz der erzehrerische Einfluss einer organisierten Arbeiterschaft. Und doch fehlte auch der Bergarbeiterchaft im Allgemeinen das, was eine geschulte Arbeiterschaft unbedingt besitzen muß: Disziplin! Daß bei Beginn des Streiks die Bewegung schneller um sich griff, als es in der Berechnung der Führer lag, mag seine Ursache in dem jahrelang genährten Groll über vorhandene Mißstände haben. Aber wenn auch die unorganisierten Elemente, — und andere Personen schuld daran wären, so ist dieses kopflose und eigenmächtige Vorgehen democh entschieden zu verurteilen. Auf jeden Fall den Führern folgen, die das Vertrauen der Arbeiterschaft an die Spitze gestellt hat! Den Führern ist die Arbeiterschaft in kritischen Zeiten Gehorsam schuldig. Wehe dem Heere, welches in den Kampf zieht, ohne die Anordnungen der Führer zu befolgen, es ist schon geschlagen, ehe die Schlacht begonnen hat. Wer sich als Gewerkschafter an die Beschlüsse der Mehrheit oder die Maßnahmen der Führer nicht hält, verletzt das demo-

kratische Prinzip, verstößt gegen die Satzungen des Verbandes und stellt sich somit als Irregulärer außerhalb der Reihen. Sieht sich die Organisation vor die Offensive oder Defensiv gestellt, Ordnung und Disziplin sind in erster Linie notwendig, soll nicht die Existenz der Organisation in Frage gestellt werden. Mögen auch Umstände eintreten, die einer Minderheit nicht genehm sind, so hat sich dieselbe trotzdem ohne Murken unter allen Umständen zu unterordnen. Welch ein imponierendes Bild: Das Signal ertönt, geschlossen in den Ausfall, geschlossen zur Arbeit zurück, Führer und Mitglieder eine Seele.

Subordination, ein inhaltliches Wort, die ganzen Erfolge der Gewerkschaften sind in demselben gewährleistet. Allerdings ist es nicht leicht, bei einem großen Arbeiterheer die Disziplin hochzuhalten. Das haben oftmals die „freien“ Gewerkschaften erfahren müssen, die doch eine jahrzehnte lange Schule hinter sich haben. Desto erfreulicher ist die bis jetzt gemachte Beobachtung bei den christlichen Gewerkschaften, welche nach 10-jähriger Aufklärungsarbeit über besser disziplinierte Truppen verfügen, als jene, wie wieder neuerdings bei den Bergarbeitern zutage trat. Nach militärischem Muster die Disziplin einzubringen, wäre allerdings ebenso verfehlt, wie eine rein wirtschaftliche Verbindung mit politischen Tendenzen großzuziehen. Das hieße den Gewerkschaftsgedanken verlassen, statt zu vertiefen. Schulung und Bildung sind das Lebenselixier der Organisation, die Disziplin ist eine natürliche Folge derselben. Die Arbeiterschaft muß von dem Gewaltigen und Großen der Gewerkschaftsbewegung durchdrungen werden, die Ideale müssen ihr als leuchtende Sterne das hohe Ziel zeigen. Nur Beiträge zahlen, um zu einer Versammlung zu besuchen, vielleicht keine innere Festigkeit, fürdert nicht das Standes- und Zielbewußtsein. Allgemein betrachtet sich reichliche Gelegenheit zur Schulung und Wissensbereicherung. Gätten die Bergarbeiter noch dem Streik von 1889 diesem Ziele zugestrebt, heute wären ihre Erfolge bedeutend größer gewesen. Dann hätten die Herzen vom Bergaulischen Verein wahrscheinlich nicht gewagt, eine völliglich organisierte und geschulte Arbeiterschaft als — Last zu behandeln.

Nach den Erfahrungen der letzten Wochen muß die gesamte Arbeiterschaft erkannt haben, daß eine gut organisierte und wohlgeordnete Organisation dem festgeschlossenen Ring der Unternehmerr als gleichwertiger Kontrahent gegenübergestellt werden muß. Sollte diese Erkenntnis nicht durchdringen, so mag sie sich in Zukunft auf noch strengere Herren gefast machen. Ferner darf das Solidaritätsgefühl „kein leeres Wort“ sein, sondern jeder muß erkennen, daß diesem eine weitbezügliche Idee zugrunde liegt. Die Solidarität steigert die Freude zur Mitarbeit, sowie die Opferwilligkeit. Und letztere soll sich leuchtend abheben von der maßlosen Profitgier und dem krankhaften Egoismus anderer Kategorien. Schulung und Disziplin umfassen den ganzen großen Apparat der Gewerkschaften, in ihrem Rahmen drängen sich die Forderungen an die Intelligenz der Arbeiter zusammen. Haben sie dieses erfaßt, dann ist die Gewerkschaft das, was sie sein soll: Die Sammelstätte der wahren (wirtschaftlichen) Freiheit, der Intelligenz, der klugen Taktik und des Idealismus.

### Zur Entwicklung der Textilindustrie in Russland.

Zu einem Artikel „Russland als Industrie-Staat“ schreibt Dr. Gregor Jollos in der „Woche“ über die russische Textilindustrie u. a.

Der kombinierten Wirkung der freien Arbeit und der aus Westeuropa, insbesondere aus Deutschland sich verbreitenden modernen Technik verdankt die russische Industrie ihren Uebergang zur Fabrik. In Moskau, dem Zentrum der Textilindustrie, war es ein Bremer Kaufmann, Ludwig Knoop, der den maßgebendsten Einfluss auf die Modernisierung der Industrie ausübte. Die gewaltigen Morosowischen Etablissements in Nikolajew, die Riesfabriken von Chibow, Wacanow und viele andere bekamen durch Knoop ihre maschinellen Einrichtungen. Durch ihn wurde die mechanische Spinnerei verbreitet, die mechanische Weberei übertrug zuerst in Moskau eingeführt. Knoop lieferte nicht nur Maschinen und Werkzeuge, er brachte auch englische und deutsche Mechaniker und Vorarbeiter und beteiligte sich an der Verwaltung der Fabriken. Jahrzehnte hindurch bis in die sechziger Jahre war Knoop fast der einzige Baumstofflieferant für ganz Russland. Er besaß in seiner Heimatstadt Bremen, in New Orleans und Bombay Kontore und diktierte dem russischen Markt seine Preise. Schließlich wurde dieses Monopol als drückend empfunden, und die meisten größeren Fabriken emanzipierten sich von ihm. Seine bahnbrechende Wirksamkeit wird jetzt nach seinem Tod von den Moskauer Industriellen unumwunden anerkannt. Eine Reihe anderer Ausländer, wie die Engländer Hinde, der Deutsche Führer, der Engländer Thornton, brachten die neuen Erzeugnisse auf den Gebieten der Färberei, Wollweberei und anderer Industriezweigen mit. Im großen und ganzen kann man aber die zentralrussische Großindustrie als nationale betrachten, da der Einfluss des Auslands sich mehr im Ausport zur Intelligenz als in der Leitung und Finanzierung der Unternehmungen äußerte.

Ganz anders kam dieser Einfluss in Russisch-Polen zur Geltung, wo namentlich Lodz, das zweite Zentrum der russischen Textilindustrie, fast ganz ein Produkt deutschen Fleißes und deutschen Kapitals darstellt. Im Jahr 1820

hatte das Dorf Lohz 800 Einwohner. Mitte des Jahrhun-  
derts waren es kaum 20 000. Jetzt zählt Lohz 400 000 Ein-  
wohner. Der Wert der Textilindustrie Russisch-Polens betrug  
1840 kaum 5 Mill. Rubel, 1860 13 Mill., jetzt beziffert er  
sich auf 200 Millionen. Die gesamte Industrieproduktion  
wird auf 425 Mill. Rubel taxiert und ernährt 250 000 Ar-  
beiter. Dieser rapide Aufschwung wird von Brandt, dem  
Verfasser einer dreibändigen, im Auftrag des Finanzmini-  
steriums unternommenen Untersuchung der russischen Industrie,  
nicht den besonders günstigen Natur- oder Verkehrsverhält-  
nissen der westlichen Landesteile, sondern in erster Linie der  
deutschen Intelligenz und dem deutschen Kapital zugeschrieben.

Ein Rheinländer, Karl Scheibler, begründete in den  
fünfziger Jahren in Lohz die erste mechanische Weberei, ver-  
bunden mit Spinnerei. Er begann mit 100 Webstühlen und  
18 000 Spindeln und hob allmählich sein Unternehmen zur  
Spitze eines der ersten, wenn nicht des ersten Werks auf  
dem europäischen Kontinent. Die in eine Aktiengesellschaft  
umgewandelte Fabrik besitzt ein eigenes Kapital von 27 Mill.  
Rubel, beschäftigt 7000 Arbeiter und hat einen jährlichen  
Umsatz von 13 bis 14 Mill. Rubel. Scheibler übte einen ge-  
waltigen Einfluß auf das Wachstum der gesamten Industrie  
aus und zog andere deutsche Unternehmer heran.

## Mitteilungen aus dem Verbandsgebiete.

### Generalversammlung des III. Verbandsbezirks.

Am Sonntag, den 26. Febr. tagte im Lokale „Athenische Stuben“  
in Aachen die diesjährige Generalversammlung des Aachener Be-  
zirks, zu der aus allen Ortsgruppen die Delegierten zahlreich er-  
schienen waren. Im ganzen waren 112 Delegierte anwesend. Als  
Vertreter des Zentralvorstandes nahen Kollege Mühlhahn, Mühl-  
dorf an den Verhandlungen teil. Der Bezirksvorsitzende Eisenich  
begleitete die Verhandlungen und gab in Erledigung der Tagesord-  
nung folgenden Geschäftsbericht:

Der Geschäftsgang in der hiesigen Textilindustrie war im  
verfloffenen Jahre bis Juli beizügig, von Juli bis kurz vor  
Weihnachten trat wieder Geschäftslage ein. In mehreren Betrie-  
ben wurden eine Anzahl Stellen außer Betrieb gesetzt. Ganz beson-  
ders hatten diejenigen Kollegen darunter zu leiden, welche bei den  
Lohnverhältnissen in Arbeit standen, da verschiedene von diesen  
nur mehr etliche Stücke mit Arbeit befehl hatten. Ein Teil der  
außer Arbeit gekommenen Kollegen mußte auswärts Arbeit neh-  
men. Der schlechte Geschäftsgang hatte neben Arbeitslosigkeit wei-  
ter zur Folge, daß in mehreren Betrieben die Arbeiter durch schlech-  
tes Material einen enormen Lohnausfall zu verzeichnen hatten, was  
in mehreren Betrieben die Belegschaft veranlaßte, dazu Stellung zu  
nehmen. Der hier eingeführte Minimaltarif hat dazu beigetragen,  
daß während des schlechten Geschäftsganges die Löhne ihrer Stant  
gehalten, indem ein billigeres Angebot seitens der Lohnverlei-  
her durch die Konvention und den Tarif unmöglich gemacht  
wurde. Etliche Lohnverleiher, die der Konvention nicht ange-  
schlossen waren, nahmen zu niedrigeren Sätzen, als der Tarif der be-  
zogenen Lohnverleiher vorhielt, Arbeit an. In der Lohnverleiher-  
Runde wurde durch mehrmaliges Eingreifen unseres Verbandes  
der Tarif anerkannt. Bei der Firma Claus u. Johnson kam es  
zum Auslande, welcher damit endete, daß der Betrieb still gelegt  
wurde und die Ausführenden sich anderwärts Arbeit suchen mußten.  
Die Hauptforderung, Anerkennung des Minimaltarifs, wurde er-  
reicht.

Ferner hat der Bezirk in verfloffenen Jahre einen allge-  
meinen Lohnantrag für die Appreturarbeiten aufgestellt und denselben  
bereits am 18. August dem Arbeitgeberverband zur Annahme un-  
terbreitet, wozu dieser trotz mehrmaliger Anfrage untererwärts bis  
dahin noch keine Stellung genommen hat. Das schlechte Organi-  
sationsverhältnis der in der Appretur beschäftigten Kollegen verhin-  
dert es, daß der Verband die geforderte Forderung nicht mit Nach-  
druck vertreten konnte. Hoffentlich wird dieser Punkt bald gelöst,  
da die Kollegen endlich zur Einsicht zu bringen, daß hier nur die Or-  
ganisation helfen kann, und daß dieselbe nur dann auf Erfolg rech-  
nen kann, wenn das Organisationsverhältnis bei den Kollegen sich  
bessern wird.

In regem Leben hat es in unserem Bezirk nicht gefehlt. Im  
verfloffenen Jahre wurden außer den Ortsgruppen- und öffentlichen  
Versammlungen 133 Fabrikbesprechungen abgehalten, allein in Aachen  
und Nachen. Der Bezirksvorsitzende nahm an 46 auswärtigen Ver-  
sammlungen teil. Bei Verhinderung des Vorsitzenden traten die Kollegen  
des Agitationskomitees ein. Des weiteren war der Bezirk an 23  
Lohnbewegungen beteiligt, welche mit vollem oder teilweisem Erfolg  
und ohne Streik für die Beteiligten verliefen.

Nach jahrelangen Bemühungen ist es dem Bezirk auch gelungen,  
die Kollegen in Euskirchen für unsere Organisation zu gewinnen.  
Die dortige Ortsgruppe sieht unter guter Leitung und geht unan-  
fechtbar vorwärts: dieselbe zählte am Schlusse des Jahres bereits  
180 Mitglieder. Heute ist dieselbe schon auf 200 angewachsen. Bei  
der Ausdehnung unseres Bezirkes wurden 7 Ortsgruppen neu ge-  
gründet, 4 in Heinen-Rathen und 3 im Landkreise Aachen. Am  
1. Januar 1904 hatte der Bezirk einen Mitgliederstand von 5284,  
am 1. Januar 1905 einen solchen von 6407, mithin eine Zunahme  
von 823.

Die Geschäftsstelle wurde im verfloffenen Jahre wieder stark  
in Anspruch genommen; so für Rat- und Auskunftserteilung, An-  
fertigung von Schriftstücken in Krankenkassen-, Invalidenangelegen-  
heiten und bei Unfällen.

Mit dem Erfolg des verfloffenen Jahres können wir im all-  
gemeinen zufrieden sein. Der Mitgliederzuwachs im laufenden  
Jahre berechtigt schon jetzt zu den schönsten Hoffnungen. Unser  
Arbeitspensum für das laufende Jahr soll sein: Stärkung der Or-  
ganisation und Aufbesserung der Arbeitsverhältnisse.

An diesen Bericht schloß sich eine rege Diskussion an, in der  
namentlich auch darüber Klage geführt wurde, daß der Bezirksvor-  
sitzende infolge der Ueberhäufung mit Verbandes-Arbeit, die ihn nach  
auswärts rüst, manchmal für die Verbandesmitglieder in seinem  
Bureau nicht angetroffen wird. Es ergingen Anregungen, daß in  
solchen Fällen für geeignete Stellvertretung des Vorsitzenden gesorgt  
werden durch einen zwar nicht fernwühlenden Vertreter oder durch  
den stellvertretenden Vorsitzenden, für die man eventuell eine ge-  
wisse Vergütung festsetzen könnte. Einmütig angenommen wurde  
folgender Antrag:

1. Die Generalversammlung beauftragt, der Bezirksvorstand  
soll bis zu dem Zeitpunkt, wo das neue Statut in Kraft tritt, dem  
Vorsitzenden einen Stellvertreter begeben, welcher denselben zwei-  
mal wöchentlich in den Abschnitten von 7 bis 9 auf jenem  
Bureau vertritt. 2. Der Zentralvorstand möge nach diesem Zeit-  
punkt die Kosten für diese Vertretung übernehmen.

Ein Antrag, auf die Tagesordnung noch einen Punkt „Ber-  
richt über den Jahresbericht des Herrn Steinbech“ zu setzen, wurde mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.  
Der Jahresbericht des Herrn Steinbech ist verlesen für  
das verfloffene Jahr an Brutto-Einnahmen 48 694,05 Mk., davon  
wurden abgeführt an die Zentrale 39 753,28 Mk., an die Orts-  
gruppen 5 963,27 Mk., an den Bezirk 3 975,50 Mk. Des letzteren  
Ausgaben betragen 3 232,45 Mk., so daß sich für denselben zuzüglich  
48,66 Mk. Zinsen ein Ueberschuß von 400,70 Mk. ergibt und der  
Kassenbestand auf 2876,61 Mk. angewachsen ist. Seitens der Kassen-  
revisoren sind die Rechnungen und Bestände sorgfältig geprüft wor-  
den und haben Anstellungen sich nicht ergeben. Dem Kassierer  
wurde Entlassung erteilt.

Die turnusmäßig auscheidenden Vorstandsmitglieder Stein-  
bech und Appelrod wurden wiedergewählt. An Stelle des frü-  
heren Vorstandsmitgliedes R. Huber wurde Koch-Nachen gewählt.  
Die bisherigen Ausschussmitglieder Müller und Schloßmann aus Eus-  
kirchen wurden ebenfalls wieder aufgestellt, an Stelle des Kollegen  
Schäferath Koch gewählt und als neues Mitglied, das das letzte  
Jahr Mitglied der Ausschüsse ist, Kollege Leitzsch-Jülich. Die  
bisherigen Kassenrevisoren Müller, Reujean, Reimann und  
van Berich wurden ebenfalls wiedergewählt.

Nach kurzer Mittagspause wurden um 12 Uhr die Verhand-  
lungen wieder aufgenommen. Der Antrag des Verbandesausschusses  
auf Abänderung des Statuts wurde dadurch erledigt, daß  
die Veränderung unter Verzicht auf ihr Recht auf § 42 der Sta-  
tuten die Abänderung derselben endgültig dem Verbandesausschuss  
überläßt.

Eingehend besuchte dann der Vorsitzende die Stände, welche  
die Erhöhung der Beiträge rasch erscheinen lassen: Die  
Erfahrungen, die der Streik der Mischberufe gelehrt hat, bedingten  
eine starke Kriegskasse; ebenso die Erfahrungen, die solche Verbände  
gestammelt haben, die von vornherein hohe Beiträge erhoben haben,  
wie besonders der Buchdruckerverband. Im Vergleich zu anderen  
Verbänden zahlten die christlichen Textilarbeiter, abgesehen von den  
christlichen Bergarbeitern, die niedrigsten Beiträge. Eine Erhöhung  
bedingte auch die Höhe der von den „freien“ Textilarbeitern er-  
hobenen Beiträge.

In der Diskussion sprachen sich die einzelnen Redner im Prin-  
zip für die Beitragserhöhung aus. Die Eupener Delegierten  
sprachen sich ausdrücklich für eine Beitragserhöhung auf 25 Pfg.,  
aber gegen die Erhöhung einer obligatorischen Krankengeldzuschuss-  
kasse aus, weil sie der Meinung waren, daß die Krankenkassen zur  
Ausgestaltung und Ausübung der gesetzlichen Unfallversicherung  
besser in Anspruch genommen werden müssen, etwa wie es die  
Eupener Textilarbeiter bei ihrer Ortskrankenkasse verstanden haben.  
Die Beiträge müßten eben voll und ganz zur Erlangung besserer  
Lohn- und Arbeitsbedingungen verwendet werden.

Demgegenüber wurde von anderen Seiten darauf hingewiesen,  
daß durch die Krankengeldzuschüsse viele Mitglieder der christ-  
lichen Gewerkschaft ausgelastet werden. Inbetreff der Festsetzung der  
vom Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften  
vorgeschlagenen Mindestgehälter für die freigestellten Beamten bleibt  
der eigene Verband die einzig entscheidende Instanz. Von ver-  
schiedenen Ortsgruppen wurden die Zuschüsse als gute Mittel  
zum Fortwärm empfohlen. Dadurch litte der Hauptzweck des  
Verbandes nicht im geringsten. Und bei obligatorischer Einführung  
der Krankengeldzuschüsse würde eine Unterbilanz nicht zu befür-  
chten sein. Die Ortsgruppe Eupen müßte im Interesse des ganzen  
Verbandes von ihren lokalen Interessen absehen. Die im Laufe der  
nächsten Woche vorzunehmende Urabstimmung der Mitglieder wird  
für die Festlegung der Beiträge maßgebend sein, erwünscht sei aber  
auch eine Aussprache auf dem Bezirkstage gewesen.

Dem Zentralvorstand ist beantragt, die Beiträge auf 30 Pfg.  
festzusetzen unter gleichzeitiger obligatorischer Einführung der Krank-  
engeldzuschüsse. Der Antrag wurde mit allen gegen zwei  
Stimmen bei einer Stimmhaltung angenommen. Die Eupener  
Delegierten erklärten, sie hätten für die Erhöhung der Beiträge auf  
30 Pfg. ohne obligatorische Krankengeldzuschüsse gestimmt, daß  
also der ganze Beitrag der Verbandeskasse zuzuführen solle.

Zu Ansehung an die Resolution, welche eine am 7. ds. Mts.  
von den Ortsgruppen Aachen I und II und Nachen-B. im Viktori-  
saale abgehalten, gut besuchte Versammlung nach einem Meierat  
des Kollegen Heint. Schaffrath-Mülldorf der Generalversammlung  
eingereicht hat, wurde eine Kommission von 9 Mitgliedern ernannt,  
die mit dem Vorstand des Bezirkes die Einführung eines  
allgemeinen Tarifs für den hiesigen Bezirk in die  
Wege zu leiten hat.

Die Ortsgruppe Brand hatte beantragt, zu einem Agita-  
tionsfonds vierteljährliche Beiträge festzusetzen, die für den ganzen  
Verband obligatorisch seien. Dieser Antrag hat dem Ausschuss des  
Gesamtverbandes christl. Gewerkschaften vorgelegen, doch wurde  
dieser Antrag als verfrüht bezeichnet. Mit Rücksicht auf die Er-  
höhung der Beiträge und darauf, daß vom Gesamtverband ein  
solcher Fonds gegründet werden dürfte, wurde der Antrag zurück-  
gezogen.

Als Mitglieder des Schiedsgerichts für das Textilgewerbe  
wurden an Stelle der Kollegen Schaffrath und Kober die Kollegen  
Koch-Nachen und Weber-Eupen gewählt. Der Bezirksvorsitzende,  
Kollege Eisenich, schloß nach einem Rückblick auf den Gang der  
Verhandlungen den Bezirkstag gegen 6 Uhr mit einem Hoch auf  
die christlichen Gewerkschaften!

### Generalversammlung des IV. Verbandsbezirks (Barmen).

Am Sonntag, den 19. Febr. tagte in Langensfeld unsere  
ordentliche Bezirksgeneralversammlung. Aus dem Geschäftsbericht  
sei hervorgehoben, daß im verfloffenen Jahre ein reger gewerkschaft-  
licher Geist in unserm Bezirke herrschte. Von zwei kürzeren  
Streiks abgesehen, endeten die unternommenen Lohnbewegungen  
zur Zufriedenheit der beteiligten Kollegen auf friedlichem Wege. Die  
Mitglieder ergaben sich im ersten Halbjahre, nahm aber im  
zweiten einen erfreulichen Aufschwung.

Am 1. Januar 1904 hatten wir einen Mitgliederbestand von  
533. Am 1. Januar 1905 betrug die Mitgliederzahl 771. Das  
bedeutet im verfloffenen Jahre resp. im letzten Halbjahre einen  
Zuwachs von 238 Mitgliedern. Seit Neujahr sind wir noch in  
weit reichem Tempo gestiegen, so daß wir die Zahl 1000 jetzt un-  
gefähr erreicht haben.

Kassenverhältnisse: Die Gesamtsumme betrug im  
letzten Geschäftsjahre 5783 Mk. 65 Pfg. In den Ortsgruppen ver-  
blieben 696 Mk. 06 Pfg., im Bezirk 459 Mk. 91 Pfg., an die Zentrale  
wurden abgeliefert 4632 Mk. 68 Pfg. Die Revisoren erklärten,  
Sücher und Belege in bester Ordnung befunden zu haben, wor-  
auf dem Kassierer Entlassung erteilt wurde. — Hierauf wurde zur  
Vorstandswahl geschritten. Es wurden gewählt die Kollegen  
Eisenich-Barmen, Hebrich-Langerfeld und Kutsche-Barmen. Ferner  
für die ausgetretenen Mitglieder als Ersatzmänner die Kollegen  
Fischer-Barmen, Jährenbrach-Ronsdorf und Hochepfel-Haan. Als  
Zusatz zum Verbandsausschusse wurde Kollege Alberg-  
Eberfeld gewählt und als dessen Ersatzmann Kollege Semmerberg-  
Revißes.

Darauf wurde der Antrag des Bezirksvorstandes (in Verbin-  
dung mit dem Antrag der Ortsgruppe Barmen), den Verbands-  
beitrag für männliche Mitglieder auf 30 Pfg. und für weibliche  
auf 25 Pfg. zu erhöhen, mit 21 gegen 8 Stimmen angenommen.  
Der Antrag der Ortsgruppe Barmen, den Sitz des Bezirksvor-  
sitzenden oder den Sitz der Zentrale nach Barmen zu verlegen,  
wurde, als zur Zeit aussichtslos, um ein Jahr zurückgestellt.  
Der Antrag, den Verbandsausschuss zu ermächtigen, die ent-  
geltliche Reorganisation des Verbandes durchzuführen, wurde einstimmig  
angenommen. Hiermit war die Tagesord-  
nung erschöpft und schloß der Vorsitzende mit der Aufforderung zu  
fernere treuen Zusammenhalten die Versammlung.

### Generalversammlung des VII. Verbandsbezirks (Oberrhein).

Dieselbe fand statt am 26. Februar zu Basel im „Bakkerhof“.  
Anwesend waren 38 Delegierte, die zusammen 50 Stimmen auf sich  
verteilten. Nach Eröffnung der Generalversammlung durch Kol-  
lege Kammerer, verlas zunächst Kollege Fischer den Geschäfts-  
bericht, dem wir folgenden entnehmen:

Die Arbeitsverhältnisse haben sich im Berichtsjahre  
nicht geändert, im Gegenteil die Kräfte über schlechtes Rohmaterial,  
mangelnde Kapazitäten, unzureichende Straßen usw. nahmen be-  
ständig zu. Wie tief die Lohnverhältnisse in der Textilindustrie stehen,  
haben die im vorigen Jahre auf Veranstaltung des Zentralvorstandes  
veranstalteten freiwilligen Erhebungen aufs neue dargelegt.  
Auch bezüglich der Arbeitszeit bleibt noch viel zu wünschen übrig.  
In der Regel beträgt dieselbe 11 Stunden, nicht selten auch noch  
11½ und 12 Stunden, und zwar werden selbst die Arbeiterinnen oft  
noch über die gesetzlich zulässige Zeit von 11 Stunden hinaus be-  
schäftigt. Ein besonders weit verbreiteter Mißstand ist, daß die in  
der Arbeitsordnung vorgeschriebenen Pausen nicht eingehalten werden,  
wodurch die Arbeitszeit in ungewöhnlicher Weise verlängert wird. In  
Zukunft wird noch mehr wie bisher dafür gesorgt werden müssen,  
diese unzulässigen und gesundheitlichen Zustände zu beseitigen.

Derzeit ist unsere Organisation noch zu schwach, um energisch  
eingreifen zu können. Unter ganzem Streben muß darum dahin  
gehen, dieselbe auszubauen. Auf diesem Gebiete haben wir denn  
auch im vorigen Jahre wieder Fortschritte gemacht. Im Elsass  
sind allerdings der Erfolg etwas zu wünschen übrig, doch ist dies  
weniger an Personen, wie auf die Verhältnisse zurückzuführen. In  
Baden hingegen war ein erfreulicher Aufschwung zu verzeichnen.  
Mit folgenden Zahlen sei die Gesamtanzahl der Mitglieder kurz  
dargelegt: Am 1. Januar 1904 hatten wir 12 Ortsgruppen mit  
565 Mitgliedern. Am 31. Dezember desselben Jahres 17 Orts-  
gruppen mit 942 Mitgliedern. Es ist also ein Zuwachs von 5  
Ortsgruppen und 379 Mitgliedern zu verzeichnen.

Auch in diesem Jahre ist bereits ein Aufschwung eingetreten,  
der sich auch aufs Elsass erstreckt, so daß wir heute 22 Ortsgruppen  
mit etwa 1200 Mitgliedern haben.

Als Regelungen hatten wir im vorigen Jahre 4 zu ver-  
zeichnen. Am Schlusse desselben noch wurde unsern Kollegen

Kammelle von Zell der „Dank“ des Unternehmers für seine eifrige  
Verbandsarbeit erteilt in Form der Kündigung. Das öffent-  
liche Bestreben des Unternehmers, unsere dortige Ortsgruppe zu  
untergraben, hatte bis jetzt jedoch stets gegenwärtigen Erfolg.

Im Lohn- und sonstigen Bewegungen hatten wir zu verzeich-  
nen zunächst den Streik in Eckkirch, der bereits am 9. Dezember  
1903 begann, etwa 3 Monate dauerte und leider für die Arbeiter  
resultatlos verlief.

In Ruzg wurden die Arbeiter mehrfach vorstellig wegen  
Lohnunterschieden, teils mit, teils ohne Erfolg. Den Bemühungen der  
dortigen Kollegen ist es gelungen, den Arbeitgeber zu veranlassen,  
einen aus der Arbeiterchaft durch geheime und direkte Wahl gewählten  
Arbeiterausschuß einzuführen und als Vertretung der Arbeiterchaft  
anzuerkennen.

In Maulburg gelang es den Kollegen, im Verein mit den  
dortigen Ortsgruppe des „freien“ Textilarbeiterverbandes, das  
Kassenverhältnis zu beseitigen und an dessen Stelle eine 17% Lohn-  
erhöhung durchzuführen.

Versammlungen fanden ebenfalls zahlreich statt. Im  
Januar 1904 unternahm die Kollegen Fischer und Kammerer ge-  
meinsam eine Agitationsreise durch Oberbaden. Im ganzen wurden  
im Laufe des Jahres durch Kollegen Fischer für die Textilarbeiter  
50 und durch Kollegen Kammerer 65 Versammlungen abgehalten.  
Bezirksvorstandsitzungen wurden vier abgehalten. Die durch diese  
Sitzungen, infolge der Beiläufigkeit unseres Bezirkes erwachsenen  
Unkosten, lassen es leider nicht zu, solche öfters abzuhalten, obgleich  
dies gewiß unserer Bewegung nur förderlich sein könnte.

Wir weisen nun noch einen Blick auf die Kassenverhältnisse. Die  
Bruttocollennahmen des Bezirkes betragen im verfloffenen Jahre  
5591,75 Mk. Davon wurden an die Zentrale abgeliefert 4200,73 Mk.  
Die Einnahmen der Bezirkskasse betragen einschließlich  
eines Zuschusses von 300 Mk. aus der Zentrale und der  
von den Ortsgruppen zu leistenden Agitationsbeiträgen insgesamt  
1111,45 Mk., die Ausgaben 946,74 Mk., bleibt ein Kassenbestand am  
1. Januar 1905 von 164,71 Mk. Dem Kollegen Kammerer, der den  
Kassenbericht erstattet hatte, wurde Entlassung erteilt.

Nach einer kurzen Diskussion über den Geschäfts- und Kassen-  
bericht folgt die Vorstandswahl. Die ausgetretenen Kollegen  
Kammerer, Fischer und Kober werden wiedergewählt. Zum Aus-  
schussmitglied wird Kollege Fischer bestimmt, während aus der nach-  
folgenden Wahl zweier Kassenrevisoren die Kollegen Rajer und  
Mack von Ruzg hervorgehen.

Zur Beratung gelangt nunmehr ein gleichlautender Antrag  
der Ortsgruppe Zell und des Kollegen Mühlhahn, den jetzigen  
Bezirk zu teilen. Die Begründung erfolgt durch die Kollegen  
Mümmelle und Zell. In der Diskussion wird diesem Antrag all-  
seitig zugestimmt. Folgende Resolution gelangt zur einstimmigen  
Annahme:

Die Generalversammlung des 7. Verbandsbezirks „Ober-  
rhein“ erachtet es aus finanziellen und agitatorischen Gründen  
als notwendig, daß für Elsass und Baden zwei getrennte Bezirke  
geschaffen werden. Sie ersucht deshalb den Verbandsausschuss,  
demgemäß beschließen zu wollen.

Ein weiterer Antrag der Ortsgruppe Zell bezweckt die voll-  
ständige Freistellung der Kollegen Fischer und Kammerer  
durch unsern Verband. Das Resultat der nachfolgenden Dis-  
kussion ist folgender einstimmig angenommene Antrag an den Ver-  
bandsausschuss:

Die Generalversammlung des 7. Verbandsbezirks „Ober-  
rhein“ beantragt beim Verbandsausschuss, den Kollegen Kammerer  
für Baden und den Kollegen Fischer für Elsass von unserm Ver-  
bande aus vollständig freizustellen. Die Generalversammlung ist  
der Ansicht, daß zwei Bezirke unbedingt notwendig sind, um das  
in Betracht kommende Agitationsgebiet richtig bearbeiten zu können.

Ein Antrag der Ortsgruppe Zell, im Sachverhalte eine Exer-  
tafel für Streiks- und Lohnbewegungen anzubringen, wird durch  
die Erklärung des Kollegen Schiffer, es sei dies bereits geplant  
und werde voraussichtlich in nächster Zeit durchgeführt, erledigt.

Dieselbe Ortsgruppe beauftragt ferner einen Passus im neuen  
Verbandsstatut aufzunehmen, der die Gleichberechtigung der weib-  
lichen Verbandsmitglieder ausdrücklich anerkennt und die Aus-  
gruppen verpflichtet, dieselben bei der Vorstandswahl zu berücksichtigen.  
Dieser Antrag wird als überflüssig abgelehnt mit der  
Bemerkung, es sei selbstverständlich, daß die Kolleginnen als  
gleichberechtigte Mitglieder gelten und eventuell bei der Vorstands-  
wahl berücksichtigt werden sollen. Im übrigen aber müßte es den  
einzelnen Ortsgruppen überlassen bleiben, in dieser Hinsicht selbstän-  
dig, nach Lage der örtlichen Verhältnisse, zu handeln.

Von der Ortsgruppe Mühlhahn wird angeregt, dem neuen  
Statut auch die Geschäftsordnung einzuverleiben. Grundlich-  
liche Bedenken werden dagegen nicht erhoben. Auf Antrag des  
Kollegen Schiffer wird die Statutkommission beauftragt, sich mit  
dieser Anregung zu befassen.

Nunmehr erfolgt die Beratung über die vom Zentralvorstand  
vorgeschlagene Beitragserhöhung. Dieselbe wird zunächst durch  
Kollege Fischer begründet und aufs warmste befürwortet, während  
Kollege Zell Mühlhahn in energischer Weise gegen die Beitrags-  
erhöhung Front macht. Die Parteilichkeit der von letzterem  
selbst geäußerten Einwände wird durch Kollegen Schiffer dargelegt,  
der mit Recht betont, daß momentan der günstigste Augenblick sei,  
eine Beitragserhöhung, die früher oder später doch zur unbedingten  
Notwendigkeit werde, vorzunehmen. Nach einer längeren, zum  
Teil recht unerquicklichen Debatte wird denn auch der Antrag des  
Zentralvorstandes in geheimer Abstimmung mit 35 gegen 16 Stim-  
men angenommen.

Nachträglich wird noch ein Antrag der Ortsgruppe Maulburg  
eingebracht, für die Versammlungsberichte den für den übrigen Teil  
des Verbandesorgans üblichen Druck einzuführen. Die beiden für  
den Verbandsausschuss bestimmten Vertreter werden beauftragt, in  
der nächsten Verbandsausdehnung die Sache zur Sprache zu  
bringen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nach einigen kurzen  
aufmunternden Schlussworten des Vorsitzenden wurde die Genera-  
lversammlung geschlossen.

Aachen. Die Wählarbeit der Genossen macht sich bei der  
Firma Königberger wieder recht bemerkbar. Der „deutsche Textil-  
arbeiter“ bringt in Nr. 6 und 8 je einen Bericht über die Vorgänge  
bei der Firma K., die eine Menge Unwahrheiten enthalten. Zum  
Teil sind dieselben in unserm Organ schon widerlegt worden. Eine  
Belegtafelversammlung hat die Meinung der Kollegen in einer  
Resolution festgelegt. Trotzdem müssen wir noch auf einiges zurück-  
kommen. Besonderen Anstoß nahmen die Genossen an der Nennung  
eines Namens durch den Ausschuss und behaupteten in ihrem Ver-  
richt, dies sei eine Feinung. Die Genossen wissen jedoch sehr  
gut, daß dieses nicht der Fall ist, sie wissen auch sehr gut, daß  
Namentennungen in gewissen Fällen nicht zu umgehen sind, weil  
der Wahrheitsbeweis erbracht werden muß. Die Genossen müssen  
auch angeben, daß eine Namensnennung, wenn sie erfolgt ist, um  
die Wahrheit festzustellen, nicht geschäftlich ist, wenn der Ausschuss,  
wie bei der Firma K. dies bereit ist, für den einzutreten, der eine  
berechtigte Beschwerde geführt. Die „guten Mächte“, welche die  
Genossen im „Textilarbeiter“ dem Ausschuss geben zu müssen glauben,  
waren von diesem schon längst in die Tat umgesetzt worden. Eine  
Arbeitsverletzung, wie der Ausschuss sie beantragt, wollte die  
Firma diesmal überhaupt nicht bewilligen. Eigenartige Gründe mögen  
dieserhalb hierbei mitspielen haben. Mit der Zustimmung des Aus-  
schusses zur Entlassung von den 35 Zulassungsgewählten ist es  
nichts. Zufällig war bei der Sache, daß alles richtig blieb, ist ja  
keine Genossen von diesen Maßnahmen betroffen wurden; als dieses  
eintrat, ging der Tanz los. Da wurde der Ausschuss beauftragt, Maß-  
nahmen zu treffen. Zu Unrecht wollen die Sozi dem Ausschuss den  
Borwurf konstruieren, er habe unterlassen, der Belegschaft Mitteilung  
zu machen. So lange die Verhandlungen noch dauern, liegt hierzu  
wenig Veranlassung vor.

Die Klage der Genossen, daß 35 Mann auf Wartzeit kamen,  
die zahlreiche Familie hätten, während „Fremde“ weiter beschäftigt  
würden, ist recht interessant. Unter diesen als „Fremde“ und gut  
situiert bezeichneten Arbeitern können doch nur die ländlichen Kollegen  
verstanden sein. Mithin müssen diejenigen, welche noch in der glück-  
lichen Lage sind, etwas ihr Eigen zu nennen, z. B.: Ein kleines  
Anwesen, vielleicht mit Hypothek belastet, eine Kuh, eine Pflanze oder  
dergl. dieses der „Kollektivist“ der „Deutschen“ opfern. Ob dabei  
auch sein Vermögen dazu hergibt? — Ober ist es vielleicht der Sozial-  
demokrat, daß sie sich auf dem Wege die Hörner abgelaufen  
haben? — Unsere ländlichen Kollegen mögen sich die „Forderungen“ der  
Genossen für kommende Fälle recht gut merken.

**Auffällig** ist ja auch, daß die Genossen den Vorschlag so sehr vertragen, nicht die zuletzt eingetretene Julten auf Barteit kommen, sondern „das Schickal soll wachen“ Waren sie vielleicht auf Anwesen davon benachteiligt, daß das Schickal sie nicht treffen würde? Wer verlorge einen gewissen Betrag stets mit der Zeit ab, „W. Zeitung“? Wer unterließ fortwährend davon ein wenig Angelegenheit, dessen Meinung gegen die Christlichen gut bekannt ist, während die Genossen keine Vertrauen sind? Hieran paßt es auch, daß man die Namen der Christlichen ganz bringt, die der „Genossen“ dagegen nur andeutet.

Was nun das Einbringen der Resolution anbetrifft, handelte es sich doch wahrscheinlich nicht darum, wann und wie dieselbe eingebracht wurde, sondern um ihren Inhalt. Wenn angeführt wird, daß Haller deshalb dem Vorschlag der Versammlung nicht zustimmte, so sei hier festgestellt, daß die Sachverständigen nur Genossen waren. Welche hohe Bildungsgabe gewisse Herren besitzt haben, beweist ja auch diese Beschlüßverlesung. Ihr Vertreter freilich mußte vom Leiter der Versammlung mehrere Male ausgehört werden, sich ruhig zu verhalten. Diese Mängelhaftigkeit waren der Beschlüß schon längst bekannt, denn vor Jahresfrist ist in der „Köllele“ „Reise Erde“ das Vergehen angegraben worden, indem erklärt wurde: „Wenn wir mal in die Hauptstadt kommen, werden wir dem Vorschlag auf den Kopf stoßen.“ Was richtig, von der Zeit an wird nur die Unzufriedenheit und die Unmöglichkeit geschätzt. Wenn ein christliches Mitglied jemals gebracht ist, daß es ausführt, ist man schnell mit einem „Deutschen“ bei der Hand an dessen Stelle. Hat doch ein Vertrauensmann der „Deutschen“ in den letzten Tagen zu einem seiner Kollegen gesagt: „Für den Dr., der heute angangen hat, habe ich schon die Unzufriedenheit und die Unmöglichkeit geschätzt.“ Wenn ein christliches Mitglied jemals gebracht ist, daß es ausführt, ist man schnell mit einem „Deutschen“ bei der Hand an dessen Stelle. Hat doch ein Vertrauensmann der „Deutschen“ in den letzten Tagen zu einem seiner Kollegen gesagt: „Für den Dr., der heute angangen hat, habe ich schon die Unzufriedenheit und die Unmöglichkeit geschätzt.“

**Thaus.** Am 20. Febr. fand hier eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, welche vom Vorsitzenden der christlichen Schluß- und Arbeitervereine geleitet wurde. Nach Eröffnung derselben erteilte er dem Kollegen Kienker das Wort. Einleitend besprach derselbe den Vergarbeitsvertrag und die Ursachen, welche in dem Streben nach Gleichberechtigung zu suchen seien. Zum freien Arbeitsvertrag übergehend, betonte Kienker, daß derselbe erst frei werde durch das Mitspracherecht der Arbeiter. Ferner wies Kollege Kienker auf die Möglichkeit von Tarifabschlüssen hin. Das Lohn- und Arbeitsverhältnis sei vielfach ein unbilliges und werde durch die Beschäftigung der Frauen noch mehr herabgedrückt. Zum Schluß wies Kienker die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit an, denn es müsse mehr Zeit zur Fortbildung und Erholung verbleiben. Auch die Kindererziehung leide unter der langen Arbeitszeit. Kollege Penning-Dochst ging auf die Ausführungen des Vordemers noch etwas näher ein, besonders wurden von ihm die Fortschritte der Technik behandelt. Wir seien nicht gegen technische Neuerungen, auch wir wollen unsern gerechten Anteil daran haben. Die Diskussion beschäftigte sich in der Hauptsache mit den Mängeln in den Betrieben. Besonders wurde das Benehmen eines Wehmeisters als sehr lässig für die Arbeiter empfunden, Grobheiten sind an der Tagesordnung. Das Schmarotzertum steht hier ebenfalls in voller Blüte. Durch allerhand Geschenke (wie Strauchwürstchen, Pfefferkuchen usw.) sucht man sich die Gunst der Meister zu erwerben. Wir sind diesen Ausarbeitern keineswegs neidisch um ihre Stellung, sondern haben nur ein mitleidiges Lächeln für die, denn in Wirklichkeit sind dieselben sehr zu bedauern. Unsern Kollegen aber rufen wir zu: Weibet diese Sorte und agiere mit so eifriger für unsere Sache! Hoffentlich werden diese Heilen ihre Wirkung nicht verfehlen, andernfalls wir nächstens etwas demüthigt werden.

**Enzelschen.** Zu voriger Nummer unseres Organs berichteten wir über Differenzen bei der Firma Lütcherich. Dieselben haben inzwischen zum Ausbruch der ganzen Beschlüß geführt. Am Sonntag, den 27. Februar sollten die Arbeiter kündigen, wenn bis dahin ihre Forderungen nicht bewilligt wurden. Die Firma antwortete nicht auf die sofortige Entlassung zweier Kollegen. Der Ausschluß wurde ebenfalls vorläufig, um die Erlaubnis für diese Maßnahme zu führen. Ihm wurde die Antwort gegeben: Ihre Forderungen sind nicht durch Rücksprache mit der Betriebsvertretung, sondern durch die Arbeiter geschlossen ausständig geworden. Vermittlungsversuche seitens der Betriebsvertretung wurden von der Firma hartnäckig zurückgewiesen. Auch den Ausschluß will sie nicht mehr empfangen. So muß nun der Streik, den die Arbeiter nicht gewollt haben, durchgeführt werden. Hoffentlich kommt die Firma bald zu der Erkenntnis, daß es besser ist, im Frieden die Arbeitsverhältnisse mit den Arbeitern zu regeln.

Inzwischen sind auch Differenzen bei der Firma Rühr ausgebrochen. Dort wurde vor kurzem eine kleine Lohnforderung bewilligt. Es scheint, daß diese Bewilligung die Firma arg verärgert hat, denn der Vorsitzende unserer Ortsgruppe, Kollege Hamacher, wurde sofort unter Auszahlung seines Lohnes für die Arbeitszeit entlassen. Eine solche offene Artzunge liegende Maßregelung veranlaßte den Bezirksvorsitzenden, Kollegen Eistenich, vorläufig zu werden. Seinen Vorstellungen, die auch durch den bei geordneten Bürgermeister E. unterstützt wurden, gelang es, das Angeklagte der Wiedereinstellung des Kollegen Hamacher zu erreichen. Aber Besprechungen und Gatten ist zweierlei bei manchen Leuten. Kollege Hamacher erhielt, als er sich zum Wiedereintritt meldete, den Bescheid, er würde doch nicht eingestellt. Dem Bezirksvorsitzenden Eistenich wurde seitens der Firma mitgeteilt, diese erneute Maßnahme käme daher, weil Hamacher sich „Regeleshaft“ betragen habe. Außerdem wurde auch am 4. März der Kollege Penning, der Kassierer unserer Ortsgruppe ist, gefeuert. Diese direkt gegen die Organisation gerichteten Maßnahmen haben die Arbeiter mit Einräufung der Kündigung beantwortet. Der Zentralvorstand hatte zugestimmt. Was zehn Mann haben sich dem nicht angeschlossen. Eustirchen scheint eine Drangperiode durchzumachen. Die Solidarität der Kollegen wird aber schließlich doch hoffentlich gegen Jüngling möge streng von Eustirchen ferngehalten werden.

**Glauchau.** Am 26. Febr. tagte in der „Berger zur Heimat“ unsere legitimierende Versammlung. Kollege Gehrmann wurde zum Vorsitzenden derselben gewählt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung erhielt das Wort der Vorsitzende des Leipziger Gewerkschaftsvereins, Kollege Bläse zu dem Thema: „Bestreben und Wirken der christlichen Gewerkschaften.“ In der Diskussion meldeten sich auch einige Vertreter der „Freien“ Gewerkschaft zum Wort. Da dieselben die Debatte jedoch nur unmaß in die Länge zogen, so wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Der Vorsitzende des evangelischen Arbeitervereins Lichtstein, Herr Winkler, wies auf verschiedene Unklarheiten in den Statuten hin. Demgegenüber betonte der Referent, daß die alten Statuten in der Form mangelhaft seien und jetzt durch neue ersetzt werden. Da sich eine genügende Zahl als Mitglieder eintragen ließen, so wird in der nächsten Versammlung (am Sonnabend) der Vorstand definitiv gewählt werden. Die Aufnahme des Genossen in Nr. 9 des „freien Textilarbeiter“, daß die Versammlung für die Christlichen nicht den gewünschten Erfolg haben möge, ist somit also gründlich zu Wasser geworden. Wegen unsere Glauchauer Kollegen nur tüchtig agieren, der Erfolg wird nicht ausbleiben. Unser Verband leistet übrigens mindestens soviel als der „freie“. Die kleinen Mißverständnisse werden bald klären.

**W. Stadbach.** Am 4. März reichten mit Zustimmung des Zentralvorstandes bei der Firma Schneider's u. Firmen 21 Weber die Kündigung ein. Hieron wurden zwei Arbeiter, welche die Probezeit noch nicht zurückgelegt, entlassen. Der Grund der Kündigung liegt darin, daß die Firma den Webern, die sich in einer Lohnbewegung befinden, keine genügenden Angehörigkeiten machen wollte. Die Forderungen gehen nicht über die Anforderungen hinaus, welche in anderen Fabriken schon

gezahlt werden. Hoffentlich wird sich die Firma bis zum Ablauf der Kündigung noch eines Besseren besinnen.

**W. Stadbach-Vortrag.** Die auf den 28. Febr. einberufene Mitgliederversammlung behufs Agitation für die Zeitungsveränderung war ziemlich gut besucht. Der Vorsitzende, Kollege Esser, erstattete zuerst den Bericht über die am 19. Febr. stattgefundene Bezirksgeneralversammlung, worüber keine Diskussion stattfand. Sodann erklärte der Vorsitzende, wie hoch notwendig es sei, den Wochenbeitrag von 20 Pfg. auf 30 Pfg. zu erhöhen. Hierüber entspann sich eine lebhaft Debatte, jedoch war es der Wunsch aller, den Beitrag zu erhöhen. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde noch zur Klärung über Zeitungsveränderungen diskutiert und die schon verlaufene Versammlung geschlossen.

**Wuppinger.** Am 17. Febr. fand hier eine vom Kartell einberufene öffentliche Versammlung statt, in welcher der auf der Tagesordnung befindliche Zentralvorstand, Kollege Schiffer in längerem Vortrage über die wirtschaftlichen Verhältnisse referierte. Die Versammlung war zu mehr als 50% von „freien“ Organisten besetzt, deren Verhalten jedoch im allgemeinen eine sachliche Diskussion ermöglichte. Das sozialdemokratische Gewerkschaftskartell hatte seinen ganzen Generatrat entsandt, um die Gegner machen von der Redefreiheit auszugehen. Freilich, auch die Sozialisten waren die christlichen Gewerkschaften nur die alten, hundertmal wiederholten Tiraden vorzubringen. Auch ergingen sie sich in helle Kosteln auf die Sozialdemokratie. Der Referent ging in seinem längeren Schlusswort auf die einzelnen Einwendungen ein, und es war gewiß nicht schwer, dieselben — sogar Stellenweise unter Beifall eines Teiles der „Freien“ — zurückzuweisen. — Interessant war die Auseinandersetzung mit dem evangelischen Arbeitersekretär Fildner aus Neulingen, welcher u. a. ausführt, nicht Gegner der christlichen Gewerkschaften, aber schon seit 6 Jahren Mitglied einer „freien“ Gewerkschaft zu sein. Hr. Fildner trat im übrigen für ein Zusammenarbeiten der verschiedenen Organisationsrichtungen ein. Kollege Schiffer machte Herrn Fildner recht eindringlich auf die inkompatible Haltung, die er einnehme, aufmerksam und betonte, daß fast alle hervorragenden Sozialpolitiker evangelischer Konfession heute ganz entschieden für die christlichen Gewerkschaften seien. Herrn Fildner mußte auch noch klar gemacht werden, daß die „freien“ Gewerkschaften sozialdemokratisch sind, was der Referent gründlich betonte. Freilich meinte Hr. Fildner, die christlichen Arbeiter hätten eventuell in den „freien“ Gewerkschaften ein Gegengewicht gegen die sozialdemokratischen Strömungen bilden können, aber Kollege Schiffer wies an mehreren Beispielen klar nach, daß diese „Gegengewichte“ aus Jahn und Spott ernten würden. — Die Versammlung nahm im allgemeinen einen angenehmen Verlauf und betrug unsere Mitgliederzahl jetzt bereits 40. Wir arbeiten unermüdet weiter und werden so den warmen Kapell unseres Verbandsvorstandes beifügen. — Die Textilarbeiter Wuppinger sind übrigens — über 3000 im „deutschen“ Verband — in eine Lohnbewegung eingetreten.

**Sillegassen bei Bielefeld.** Zahlreich hatten sich die Mitglieder wieder zu der Versammlung am 26. Februar eingefunden. Auch waren viele Stützpunkte und Mitarbeiter Kollegen anwesend. Nach einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden Knochensprach der Bezirksvorsitzende über verschiedene Bestimmungen unseres Verbandsstatuts und Unterscheidungsreglements. Es wurde allen Mitgliedern empfohlen, möglichst mit Bedacht unsere Zeitung zu lesen, damit mehr Wissen käme. Auch wurde darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, mehr Opfermut zu zeigen. Besonders dürfe niemand wegen 5 Pfg. Beitrag ausbleiben. Nur starke Klassen schienen den Arbeiter. Hierfür wurden verschiedene Beispiele angeführt. Vom Kollegen Wulde wurde ein Vorkommnis in der Fabrik kargelegt. Nach verschiedenen Anfragen wurden vom Kollegen Camps beantwortet. Es wurde viel Klarheit geschaffen. Nachdem noch die Vertrauensmänner bestimmt, wurde mit einem Hoch auf die christliche Verbandsorganisation die Versammlung geschlossen.

**Sillegassen bei Bielefeld.** Seit Monaten hatten die Arbeiter der Firma Debus u. Sohn (Blüch- und Baumwollweberei) verächtlich ihre schlechten Verhältnisse etwas aufzubessern. Trotz mehrmaliger Rücksprache mit der Firma konnte keine Aufbesserung erlangt werden. Der Zentralvorstand erlaubte daher, daß die Arbeiter, weil alle unsere Verbandsmittelglieder sind, wenn bis zum 5. März keine Einigung stattfand, diese in den Ausstand treten könnten. (In dem Betriebe ist keine Kündigungszeit üblich.) Am 4. und 5. März hat der Arbeiterausschuß dem nachmaligen Alles versucht, um eine Verständigung herbeizuführen. Leider ist Alles abgelehnt und sind daher alle Arbeiter (94) im Ausstand. Die Arbeiter sind einig und entschlossen, ihre Sache zu einem guten Ende zu führen.

**Dampferhebung ist:** Erhöhung des Lohnes um 3—5 Pfg. pro Meter. Die Firma hat diesen im vorigen Jahre um 5—8 Pfg. reduziert. Dann wünschen die Arbeiter auch bessere Löhne für Spuler und Weber. Durchschnittslohn der Weber ist 600 Mk. im Jahre. Durchschnittlicher Tagelohn ist 2,50 Mk. also 750 Mk. jährlich. Die Forderungen der Arbeiter sind bescheiden und ist wohl zu hoffen, daß, wenn die Arbeiter einig bleiben, bald eine Verständigung kommt. Die Wäzger stehen auf Seiten der Arbeiter und vertrauen diese auch der Solidarität der übrigen Arbeiterchaft Deutschlands.

**Kaufvertrauen.** Noch nie hatte sich die hiesige Arbeiterchaft zu einer christlichen Gewerkschaftsversammlung so zahlreich eingefunden, wie zu der am 23. Febr. stattgehabten, in welcher der Vorsitzende des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften und des christlichen Textilarbeiterverbandes, Kollege Schiffer in „Mündiger Rede über Zweck und Ziele der christlichen Gewerkschaften“ sprach. Kienker bewies, daß die christlichen Gewerkschaften das wirtschaftliche, geistige und moralisch sittliche Leben heben, also eine große Kulturarbeit erfüllen, was aber leider bei der Minderzahl mancher Arbeitgeber nicht immer in fruchtbarer Weise möglich ist; daher die wirtschaftlichen Kämpfe, denen sich der Kampf auf geistigen Gebiete zugesellt. Die Zeit zum Schlafen ist für die christlichen Arbeiter vorbei, wir müssen eifrig mitarbeiten an der Hebung unseres Standes. Der Redner wandte sich ganz besonders an die zahlreich anwesenden Arbeiterinnen, sie ermahnen, dem Manne nicht Konkurrenz zu leisten, sondern Kollegen zu sein und die guten Zwecke der christlichen Gewerkschaften kräftig fördern zu helfen. — In der Diskussion beteiligten sich die hochwürdigen Herren Kuffe und Guggemos. Guggemos, Präses des katholischen Arbeitervereins, führte etwa aus: „Ich stehe den christlichen Gewerkschaften sympatisch gegenüber, weil ich einsehe, daß dieselben notwendig sind. Die letzte Zeit hat bewiesen, daß die Arbeiter noch nicht in der materiellen Lage sind, die ihnen gebührt. Ich sehe auch ein: Wenn der Arbeiter materiell gut steht, so wird er moralisch, sittlich und geistig gehoben werden. Wenn der Arbeiter nur so fortbestehen muß, von einem Tag zum andern, so steht es mit der Moral nicht zum besten. Der Mensch, der den ganzen Tag angeknurrt arbeiten muß, soll auch eine Freude haben. Ich meine damit natürlich die Freude. Ich stehe den christlichen Gewerkschaften endlich deshalb sympatisch gegenüber, weil ich einsehe, daß dieselben die Arbeiter geistig heben. Der christliche Gewerkschaftler soll aber auch wirklich christlich sein, er soll nicht bloß den Titel tragen, sondern sein Leben soll in Wahrheit ein christliches sein, durch und durch. Ich möchte den christlichen Gewerkschaftlern noch zurufen: Lesen Sie auch etwas und zwar etwas gutes. Gute Lektüre hebt den Menschen, wärmt und begeistert ihn. Geben Sie auch ein gutes Beispiel, ein Beispiel der Liebe untereinander. Der christliche Gewerkschaftler muß objektiv willig sein. Ich freue mich, daß christliche Gewerkschaften hier bestehen und daß noch lange nicht alle Arbeiter den sozialdemokratischen Gewerkschaften einverleibt sind.“ Diese Worte des hochw. Herrn Präses enthalten die beste Sachverständigkeit gegenüber dem ihm von einem sozialdemokratischen Blatte gemachten Vorwurf, er scheine für die christlichen Gewerkschaften nicht eingekommen zu sein.

Der zweite Diskussionsredner, der hochw. Herr Guggemos, Präses des katholischen Arbeitervereins, führte unter anderem aus: „Es organisieren sich die Arbeitgeber, und darum ist es notwendig, daß auch die Arbeiter organisieren. Mit Freuden habe ich den Worten des Referenten gelauscht, und ich möchte nur wünschen, daß heute noch weitere Kreise anwesend wären, um sich zu überzeugen, daß hier Arbeiter zusammenkommen sind, um auf der Grundlage des Rechts ihre Ansprüche an das Leben zu stellen. Der Mensch, der jahraus, jahrein taglich an der Maschine steht, müßte mit der Zeit selbst zur geistlos tätigen Maschine werden, wenn ihm nicht die Mittel geboten würden, sich geistig zu heben. Eine der vornehmsten Aufgaben der christlichen Gewerkschaften ist aber gerade

die geistige und sittliche Hebung des Arbeiterstandes. Mögen die christlichen Gewerkschaften blühen und gedeihen!“

Auf Schlußwort dankte der Referent den Herren Diskussionsrednern für ihre anerkennenden, aufmunternden Worte, machte dann noch verschiedene Angaben über den christlichen Textilarbeiterverband und schloß mit einem begeisterten Appell an die Anwesenden, sich aktiv an ihrer Verbandsorganisation anzuschließen. Der Vorsitzende des christlichen Textilarbeiterverbandes dankte dem Referenten sowie den Diskussionsrednern und forderte fernerhin die Arbeiter und Arbeiterinnen auf, ihren Dank dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie der Einladung zum Beitritt Folge leisten. Die Versammlung machte auf alle Teilnehmer den besten Eindruck. Unsere Ortsgruppe hatte 21 Aufnahmen zu verzeichnen. Damit ist das erste Hundert an Mitgliedern überschritten.

**Köln.** Am Sonntag, den 12. Febr. fand im Saale des Herrn Kögler eine von der „freien“ Gewerkschaft einberufene öffentliche Versammlung statt, zu welcher besonders die Textilarbeiter eingeladen waren. Um drei Uhr waren die Teilnehmer der „Freien“, die Christlichen hatten nicht den Mut, eine öffentliche Versammlung zu besuchen und ihre Sache vor der Öffentlichkeit zu verteidigen, ein Ende zu machen, hatte sich auch eine größere Anzahl christlich organisierter Arbeiter eingefunden. Die Versammlung wurde, da der Einberufer, ein Herr Günter aus Neulingen, nicht erschienen war (Warum wohl nicht?), durch Herrn Gehard von der hiesigen „freien“ Gewerkschaft eröffnet. Es wurde zunächst vorgeschrieben und wurden die Herren W. Fromm als erster, Peter Weber als zweiter Vorsitzender und Joh. Ganneschläger als Schriftführer (sämtlich Mitglieder der christl. Organisation) gewählt. Der Referent, Herr Wankler, Bergmann-Münsterberg, sprach über „Organisation und Textilarbeiter“. Wofür mit Rücksicht darauf, daß der Bezirksvorsitzende des christl. Textilarbeiterverbandes, Kollege Striedl-Kugeburg, zugegen war und die christlich organisierten die Mehrheit der Anwesenden bildeten, trat der Referent recht zahlreich auf. In nahezu anderthalbstündigen Ausführungen schilderte er die Lage der Arbeiter in der Textilindustrie, seine Seitenhiebe auf Zentrum und Postkarte anstehend, und forderte die Anwesenden auf zur Organisation. Kollege Striedl zeigte, mehrfach von Tumulten unterbrochen, an der Hand reichen Materials, daß für einen christlich denkenden Arbeiter kein Platz sei in einer „freien“ Gewerkschaft, da in deren Versammlungen, Presse und Literatur die Religion betämpft und Propaganda für die Sozialdemokratie gemacht werde. Bezüglich der „Neutralität“ der freien Gewerkschaften in die Enge getrieben, erklärte Herr Bräggemann: „Mit Neutralität könne man keine Erfolge erzielen“. Wenn man aber die „freien“ Gewerkschaften politisch nennen würde, würden dieselben als politische Vereine betrachtet, welchen sich Arbeiterinnen nicht anschließen könnten. (Das ist offen.) Während bei den Ausführungen der „freien“ Diskussionsredner vollständige Ruhe herrschte, führten die Sozialdemokraten bei weiteren Ausführungen des Kollegen Striedl ein waches Zuhörergeräusch auf und mußte, da die Ruhe nicht mehr herzustellen war, die Versammlung vorzeitig geschlossen werden. Diese Versammlung zeigte wieder so recht die Abneigung der „freien“ sozialdemokratischen Gewerkschaften. Statt einen Redner ruhig anzuhören und dann zu widerlegen, wird ein Gedrüll aufgeführt, das einem Herrschaffen Ehre machen könnte. Manche der Anwesenden haben auch die richtigen Konsequenzen daraus gezogen. Der christliche Textilarbeiterverband hatte neun Aufnahmen zu verzeichnen. Allen unorganisierten Kollegen und Kolleginnen rufen wir zu: Nimm ein in den christlichen Textilarbeiterverband! Je fester wir uns zusammen schließen, desto eher und gründlicher können wir unsere wirtschaftliche Lage verbessern.

**Marxkirch i. E.** Am 25. Febr. hielten wir eine außerordentliche Versammlung ab, die gut besucht war. Unser Zentralvorsitzender, Kollege Schiffer, welcher auf der Reise zur Generalversammlung nach Basel begriffen war, wurde von unserem Verbandsrat beauftragt, die Versammlung einzuladen und war auch erschienen. In derberthaltigem Vortrag behandelte Kollege Schiffer das Thema: „Warum organisieren wir uns und weshalb christlich?“ In klaren, zu Herzen gehenden Worten wurde den aufmerksamen lauschenden Kollegen die Notwendigkeit der Organisation vor Augen gefeilt; ebenso legte Redner klar, warum für die christlichen Arbeiter nur die christliche Organisation in Betracht käme. Auch der geplante Neugründung unseres Status wurde gedacht und dabei besonders die vorgesehene Beitragserhöhung besprochen. Aus dem lebhaften Beifall, der diesen Ausführungen gezollt wurde, konnte man die Schlussfolgerung ziehen, daß die Anwesenden mit der Beitragserhöhung einverstanden sind. Hoffen wir, daß die Ueberzeugung anhalt und nicht wieder wie ein Strohfeuer erlischt. Eine hierzu erfolgte Letterammlung zugunsten der Bergarbeiter im Ruhrgebiet ergab die Summe von 820 Mk. Nach erfolgter Diskussion wurde auf Anregung eines Kollegen auch der neu errichteten Genossenschaftsbäckerei gedacht, die den Beteiligten schon gute Dienste geleistet hat. Nachdem auch hierüber Kollege Schiffer beherrschende Ratschläge erteilt und allen den Eintritt in die Genossenschaft empfohlen hatte, wurde die schon verlaufene Versammlung geschlossen.

**Neumunster.** Am 26. Febr. hielt unsere Ortsgruppe eine Mitgliederversammlung ab, die sehr gut besucht war. Kollege Bennemann leitete dieselbe und erstattete Bericht über die Bezirksgeneralversammlung. Den Punkt Beitragserhöhung erklärte er in sachlicher Weise und beantwortete sie. Auch fast alle Mitglieder stimmten dafür. Alsdann richtete Kollege Bennemann noch einen warmen Appell an die Kolleginnen, dem Verbandsrat beizutreten, da es auch für sie Pflicht sei. Zu Vertrauensleuten wurden noch gewählt die Kollegen Kerschmann, Kösters und Siefers, zu Kassieren die Kollegen Hüls und Lange. Es ließen sich auch wieder mehrere aufnehmen, so daß wir jetzt 135 Mitglieder haben. Im Ganzen sind hier ca. 200 Textilarbeiter. (Nur immer so vorwärts und einig bleiben, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.)

**Neumünster.** Ein voll besetztes Haus zeigte am Sonntag, den 19. Februar unsere Versammlung. Da der erste Vorsitzende nach Münster zur Bezirksgeneralversammlung war, so wurde diese vom zweiten Vorsitzenden, Kollegen Hart, geleitet. Es hielt der Sekretär vom Hamburger Volksbureau einen Vortrag über Gewerbe-Unfallversicherung. Derselbe legte den Mitgliedern klar, wie die Gesetzgebung seit Jahren gebessert hätte, aber doch noch Lücken genug vorhanden seien, die noch ausgefüllt werden müßten. Wie manchem Arbeiter geht durch Unkenntnis dieser Gesetzgebung so mancher Grobchen verloren, deshalb sei es Pflicht für einen jeden Arbeiter, daß er sich schult; dieses geschieht am besten, wenn man die Versammlung besucht, das Sachverstand fleißig studiert und sich an den Unterrichtsstunden beteiligt, denn nur dann könnte man den tiefen Ernst der Gewerkschaft erkennen. Redner forderte die Anwesenden auf, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen, so weit dieses noch nicht geschehen sei. Zum Schluß schilderte der Referent die traurige Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier. Darauf fand eine Sanierung für die Bergarbeiter statt. Auch wurden die Mitglieder auf die Urabstimmung aufmerksam gemacht. Hoffentlich stimmen alle mit „ja“.

**Kappengweier (Elsass).** In Nr. 7 unseres Organs drachten wir eine sachlich gehaltene Notiz, welche u. a. die Verhältnisse in einer hiesigen Fabrik kritisch beleuchtete. Darauf erhalten wir von der Fabrikleitung einen Schreibbrief folgenden Inhalts:

Herrn  
G. W. Schiffer, verantwortl. Redakteur der Zeitung „Christlicher Textilarbeiter“  
Düsseldorf.

Am Samstag, den 18. Februar stand in Ihrer Zeitung Nr. 7 ein Artikel unter der Rubrik: Kappengweier (E. Pfist. Ob. Elsas) beginnend: „Kausliche Zustände.“ Dieser Artikel, welcher nicht als ein Lügengewebe ist, von welchem Sie nicht das geringste bemerken können, ist bereits der höheren Verwaltungsbehörde übergeben worden, welche die Sache weiter verfolgen wird. Weiter haben Sie mich in diesem Artikel verächtlich behandelt, indem Sie mich in den Augen der Arbeiter heruntersetzten; ich verlange deshalb, daß Sie in Zeit von 48 Stunden nach Empfang des Gegenwärtigen diesen Artikel in Ihrer Zeitung unter der nämlichen Rubrik widerrufen, indem Sie erklären,

